

hatte es den
laufen würde,
ufer. Gegen 9
lich eine Frau
nd schlug ihren
trauriges Bei-
egen der unge-
etwas kaufen

n Schranne
Berste und 557
per Doppelstr.
2300 bis 2700,

ber gelangten
Hopfen nach
terhalb Würt-
alb Württem-
Hopfengeschäft
0 bis 43, ver-
bezahlt.

Waldfelderver-
forstamts war
tal nach Gold-
berholte Hin-
dpfennige 15
weist nach gan-
os gingen bis
Durchschnitts-
den 3,8 Gold-
Anbau kein
ar.

an den Eltern- und
Mittelschichten

n n. Galm.
el. Galm.

agblatt!

cher Hof.
Uhr
6 Akten,
sich.

Freunde und
den 17. No-

zier

ndlicht ein-

ie

n sich selbst,

sich eine Zeitung
ie nicht in der
ie mit den Wirt-
en auf dem Cou-
erhalten, die für
Ihre Wirtschaft
ht kommen.

haben be-
en Sie sich,

ie eine Zeitung
ie ein genaues
ld des gesamten
tlebens des Be-
st. Darum be-
ie sofort das
agblatt". Sie
über Preisbil-
Kü e und Ver-
Art unterrichtet.

he junge

hühner

r, Hof Dicks.



Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 10 Goldpfennige, Familien-
anzeigen 8 W. Pf. Kleinanzeigen 20 W. Pf. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %.

Freitag, den 16. November 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Lieferlohn 8000.000 0 W. monatlich. Postbezugspreis
8000.000.000 W. ohne Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Anlässlich der Eröffnung der Rentenbank und der Ausgabe der Rentenmark hat der Verwaltungsrat dieser Bank Erklärungen gegenüber dem Reichsfinanzminister abgegeben, die die Voraussetzungen betreffen, die nach Ansicht des Verwaltungsrats erfüllt werden müssen, um die Aufgaben der Rentenbank, nämlich die Stabilisierung der deutschen Währung, zu ermöglichen. Als Bedingungen werden u. a. angegeben: Strengste Sparsamkeit in der Staatsverwaltung, Heraushebung der Staatsbetriebe aus dem Staatshaushalt, Hebung der Produktion und im Zusammenhang damit Aufhebung des Achtstundentags und der Tarifverträge. Der Reichsfinanzminister bekannte sich grundsätzlich zu den Hauptpunkten, und sagte diesbezügliche Verordnungen zu.

Die in unserem Leitartikel behandelte Frage einer Stellungnahme der Reichsregierung gegenüber der Not des Rheinlands und der Verschleppung der Wiederaufnahme eines geregelter Verkehrs in den besetzten Gebieten scheint heute noch keiner Klärung nähergeführt worden zu sein. Dagegen melden sich schon Stimmen aus dem Rheinland, die gegen eine Einstellung der Erwerbslosenfürsorge Einspruch erheben, und auch vorherige umfassende Aussprache mit den Rheinlandsvertretern verlangen.

Dass die Franzosen jetzt aufs Ganze gehen, sieht man aus dem Pariser Befehl an den französischen Oberkommandierenden, die Ruhrindustriellen zu verhaften, wenn sie sich den Bedingungen der Ingenieurkommission über die Wiederaufnahme der Arbeit nicht fügen.

Der englische Ministerpräsident hat erklärt, dass England sich von der Zusammenarbeit mit Frankreich zurückziehe, wenn die Franzosen weiter in ihrer Politik fortfahren. Damit würde also auch England Frankreich vollständig freie Hand für sein Vorgehen gegen Deutschland lassen. Eigentlich ist es, dass Baldwin immer wieder auf die bevorstehende Konkurrenz der deutschen Industrie im Falle der Regelung der Reparationsfrage hinweist. Wir haben schon einmal der Vermutung Ausdruck gegeben, dass damit die Stimmung für ein Gewährlassen seitens Frankreichs direkt begünstigt wird.

Der Kampf um das Rheinland.

Die Reichsregierung hat in den letzten Tagen mit den Vertretern der wirtschaftlichen Verbände und politischen Parteien Besprechungen darüber angestellt, was zu tun ist angesichts der offensichtlichen Verschleppungspolitik der Franzosen gegenüber dem deutschen Bestreben nach Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet und des Verkehrs in den besetzten Gebieten überhaupt. Um einerseits die Verhandlungen mit der deutschen Regierung zu verschleppen, andererseits die Ruhrindustriellen und die Landesbeamten in ihre Hände zu bringen, hatte Frankreich direkte Verhandlungen mit Berlin abgelehnt, ein Verhalten, das den völkerverhättnisvollen Grundlagen und dem diplomatischen Gebrauch geradezu Hohn spricht, das sich aber Herr Poincaré glaubt heute gestatten zu können. So verhandelt denn gezwungenermaßen die Industriellen mit der französischen Ingenieurkommission, und es schien eine Zeitlang, als sollte eine Vereinbarung zustande kommen, wie aber gestern das Organ der Ruhrindustriellen meldete, sind die Bedingungen der Franzosen derart, dass eine Wiederinbetriebnahme der Bergwerke auf einen längeren Zeitraum ausgeschlossen erscheint. Es sind deshalb jetzt schon Kündigungen großen Stils ergangen. Von den 120 000 ausgewiesenen Eisenbahnern sind bis jetzt 37 000 eingestellt worden. Da die Franzosen seit Monaten die Kasernen der Reichsbank geplündert haben, um die Erwerbslosenunterstützungen zu beschlagnahmen, so mußte das Reich dauernd riesige Summen nachzahlen, damit die Unterstützungsberechtigten vor Hunger geschützt wurden. Dadurch wurde eine immer zunehmende Papiergeldproduktion notwendig, was wiederum die auf Vernichtung berechneten internationalen Finanzoperationen unserer Gegner gegen die deutsche Markwährung begünstigte. Das Verhalten Frankreichs legte also einmal unser wichtigstes Industriegebiet lahm und brachte dadurch unsere gesamte Volkswirtschaft zum Erlahmen, und es brachte unsere staatliche Finanzwirtschaft so in Unordnung, daß wir vor der Katastrophe stehen. Angesichts der Tatsache, daß die Franzosen den Raub der

Reichsbankgelder fortsetzen, daß sie die Wiederaufnahme der Produktion und des Verkehrs absichtlich sabotieren, ist nun die Frage entstanden, über die in diesen Tagen entschieden werden soll, — wenn nicht schon beim Erscheinen dieses Aufsatzes darüber entschieden worden ist — ob das Reich seine umfassenden Unterstellungen gegenüber den Industrien wie den zwangsweise erwerbslos gewordenen Arbeitnehmern fortsetzen kann, oder sie aufgeben muß, aufgeben muß auch deshalb, um nicht indirekt die französische Vernichtungspolitik zu unterstützen. Wie wir gestern schon angedeutet haben, kann der etwaige Beschluß der Einstellung der Unterstellungen eine günstige Druckwirkung auf die Franzosen nur haben, wenn die Bevölkerung des Rheinlandes die Bedeutung dieser Maßnahme erkennt, die darin besteht, daß wir dann erstens den Franzosen die volle Verantwortung für die schweren Erschütterungen des besetzten Gebiets zuschieben können, wenn sie die Wiederaufnahme der Arbeit und des Verkehrs weiterhin verschleppen, und daß wir zweitens die Finanzwirtschaft des unbesetzten Gebiets viel rascher sanieren und damit unserem Währungserfolg am besten entgegenarbeiten können. In den bürgerlichen Kreisen der rheinischen Bevölkerung scheint das Radikalmittel, die Franzosen vor die Wahl zu stellen, entweder die Wiederaufnahme des Wirtschaftslebens und der deutschen Verwaltung unter annehmbaren Bedingungen zuzulassen, oder aber die Pflicht der Ernährung der Bevölkerung zu übernehmen, bzw. die Verantwortung für Hungerrevolten im Falle der Nichterfüllung dieser Pflicht, Anklage zu finden, dagegen nicht in den Kreisen der Sozialdemokratie, die von einem solchen Schritt nur Zugeständnisse an die Abtrennungspolitik Frankreichs begehrt. Man hat als Vertreter des neuen Plans den Oberbürgermeister Jarras von Duisburg, den jetzigen Reichsinnenminister bezeichnet; man sollte annehmen, daß er den Grad der Reichstreue der Rheinländer auch bei etwa notwendig werdenden außerordentlichen Handlungen des Reichs zu bewerten in der Lage wäre, andererseits muß man bedenken, daß die Franzosen ohnehin schon ihre Abtrennungspolitik so offen betreiben, daß sie diesen Anlaß sicherlich zu entscheidenden Schlägen mit Hilfe des Separatistengebühls, der französischen Währung und gewisser Protektionspolitik gegenüber den wirtschaftlichen Wirtschaftskreisen benützen würden, was umso besser durchzuführen wäre, als die Aufklärung deutscherseits vollständig unterbunden ist. Man wird also alle in Betracht kommenden Kreise des Rheinlandes über ihre Auffassung hören müssen, ehe man zu so schwerwiegenden Beschlüssen schreitet. Das ist allerdings nicht zu leugnen, der direkteste Weg wäre es, um endlich Frankreich die Masse von der heuchlerischen Frage zu ziehen — und den Alliierten Gelegenheit zu geben, zu zeigen, in wie weit ihr eigentlicher Widerstand gegen die französische Vernichtungspolitik bisher nur Gesie zur Verdummung der Welt gewesen ist. O. S.

Eine bemerkenswerte Stimme aus dem Rheinland.

Köln, 15. Nov. Die „Rheinische Volkswacht“, das hiesige Organ der Zentrumspartei, läßt sich in einem „Reichsregierung und besetztes Gebiet“ überschriebenen Leitartikel u. a. wie folgt aus: Die Reichsregierung wird sich zu der Frage ihrer so bedeutungsvollen Entschlüsse schnellst möglich klarer und ausführlicher äußern haben, um, wenn sie es kann, die seelischen Wirkungen ihrer Entschlüsse auf dem Wege über den politischen Vorstand der Rhein- und Ruhrdeutschen zu mildern. Nichts darf übrig bleiben, was den Eindruck des Verlassenwerdens zurückläßt, nichts, was einer scharfen Zurückweisung des Sages nicht ähnlich sieht: „Wir müssen das Rheinland einmal fahren lassen, um es später wieder zu holen.“ Der unglückliche Satz ist nun einmal aus unbedachtem Munde gefallen und muß von den Verantwortlichen in Berlin erschlagen werden für immer. Es wird notwendig sein, dem besetzten Gebiet die nötige wirtschaftliche Erleichterung zu geben, damit es als treues Glied des Ganzen zu seinem Teil dann versucht, die im Reich angestrebte Gesundung für sich mit durchzuführen.

Gegen die Einstellung der Erwerbslosenfürsorge im Rheinland.

Köln, 15. Nov. Der 16er-Ausschuß der politischen Parteien und des Verhandlungsausschuß des Wirtschaftsausschusses für die gesamten besetzten Gebiete haben telegraphisch beim Reichspräsidenten und beim Reichsfinanzminister Einspruch gegen eine etwaige unterschiedliche Behandlung der Erwerbslosen des besetzten und unbesetzten Gebiets eingelegt und auf die katastrophalen Folgen hingewiesen.

Die Folgen der französischen Verschleppungspolitik.

Arbeitslosenausweisungen.
Düsseldorf, 16. Nov. Die Plünderungen in der Stadt wurden gestern fortgesetzt. Die Erwerbslosen mißhandelten auch Familienangehörige der Polizei, wenn sie auf der Straße erkannt wurden. Auch proletarische Hundertkämpfer bildeten sich.

Gewalttäter Druck Frankreichs auf die Ruhrindustriellen.

Paris, 15. Nov. Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant“ in Düsseldorf meldet heute, daß General Degoutte von Paris bestimmte Instruktionen zugegangen seien, in denen er Vollmacht erhalte, Sinnes und die mit ihm verhandelnden Industriellen zu verhaften, falls die Verhandlungen mit der Ingenieurkommission nicht durch eine Zustimmung der Deutschen zu den französisch-belgischen Bedingungen ihren Abschluß finden. — In autorisierten Kreisen in Paris wird nach Havas erklärt, daß keinerlei derartige Instruktionen ausgegeben worden seien.

Baldwin droht den Franzosen mit Aufgabe der Zusammenarbeit.

London, 15. Nov. Im Unterhaus erklärte Ministerpräsident Baldwin, er habe den Alliierten mitgeteilt, daß die Mitwirkung Großbritanniens nicht unbegrenzte Zeit durchgeführt werden könne. Wenn die gegenwärtige Lage andauere, könne es schwierig sein, unbegrenzte Zeit die Bemühungen aufrechtzuerhalten, mit den Alliierten zusammenzuarbeiten, „die dies so schwierig machten“.

London, 15. Nov. Baldwin erklärte heute im Unterhause: Die Verhandlungen mit Amerika wurden durch das Vorgehen zweier unserer Verbündeten zum Scheitern gebracht. Erste Pflicht der neuen Regierung wird es sein, die Gesamtpolitik bezüglich der Reparationsfrage erneut zu prüfen und über die notwendigen Schritte zu entscheiden. Der Premierminister erklärte ferner, die Regierung werde unter keinen Umständen Zölle für Weizen, Mehl, Fleisch, Käse, Butter und Eier einführen; für alles übrige behalte sie sich freie Hand vor. Baldwin erklärte dann noch, man befürchte ein gewaltiges Anwachsen der deutschen Ausfuhr nach England, wenn Deutschland beginne, Reparationen zu zahlen und wieder frei seinen Handel zu betreiben. — Warum immer diese Bemerkungen über die deutsche Konkurrenz?!

Smuts für ein getrenntes Vorgehen Englands und Amerikas.

London, 15. Nov. „Times“ veröffentlicht ein Schreiben des Generals Smuts, in dem dieser unter Hinweis auf den Ernst der gegenwärtigen Lage nachdrücklich dafür eintritt, daß Großbritannien unverzüglich die Vereinigten Staaten und andere Länder zu einer Konferenz zwecks eingehender Prüfung der Reparationsfrage von wirtschaftlichen und finanziellen Standpunkt einladen solle. Deutschland könne nicht Reparationen bezahlen, wenn nicht die deutsche Währung und der deutsche Handel wieder hergestellt würden. Hierzu müsse der Reparationsgesamtbetrag in Höhe eines gerechten und vernünftigen Betrags festgelegt und Deutschland gestattet werden, in Frieden und ohne dauernde Behinderung seine produktive Industrie wieder aufzunehmen. Selbst wenn Frankreich nicht an dieser neuen Konferenz teilnehmen wolle, müsse sie einberufen werden. Die einzige Hoffnung auf Rettung Europas liege im gemeinsamen Vorgehen Englands und Amerikas.

Schweden gegen Versailles.

Stockholm, 14. Nov. Die bekannte schwedische Zeitung „Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning“ veröffentlicht am 7. November einen Leitartikel unter der Überschrift „Das Zeitalter der Volksfreiheit“. Hierin wird das große Unrecht, das Deutschland durch die neuen Grenzen angetan ist, dargestellt.

Es wird gesagt, daß Millionen von Deutschen den „Segnungen“ der polnischen Kultur teilhaftig geworden seien und daß auch auf die deutsche Bevölkerung Elsaß-Lothringens keine Rücksicht genommen sei. Dort werde in der Verwaltung und bei den Gerichtsverhandlungen die deutsche Sprache von der französischen verdrängt. Die Kinder müßten ihre deutsche Mundart verleugnen und in den Schulen französisch sprechen. In Südtirol würden 120 000 Deutsche durch Italien unterdrückt, obgleich der italienische König das heilige Verprechen gegeben habe, daß die Sprache und die kulturellen Einrichtungen den Südtirolern erhalten bleiben sollten. 400 deutsche Volksschulen seien dort jetzt zum Untergang verurteilt, und das Volk Andreas Hofers müsse eine fremde Zunge reden. Aber trotz alledem werde der alte Barbarossa noch einmal aus seinem vielhundertjährigen Schlummer erwachen. Er werde dadurch geweckt werden, daß deutsche Kinder fremde Sprachen reden müßten. Trotz aller französischen, polnischen und tschechischen Kanonen, trotz Hunger und Armut werde doch einmal der Tag kommen, da deutsche Kriegsgefangene wieder klingen vom Rhein zur Weichsel und von der Dnieper bis zu den Alpen.

Die Einführung der Rentenmark.

Der Verwaltungsrat der Rentenmarkbank über die Voraussetzungen ihrer Wirksamkeit.

Berlin, 16. Nov. Gestern, dem bedeutungsvollen Tag, an dem mit der Ausgabe der Rentenmark begonnen wurde, empfing der Reichsminister den Verwaltungsrat und den Vorstand der Deutschen Rentenbank. Aus den Kreisen des Verwaltungsrates wurde darauf hingewiesen, daß nur ein wertbeständiges Zahlungsmittel die Voraussetzung für eine Gesundung der Wirtschaft sein könne. Dieses Zahlungsmittel müsse aber von dem Vertrauen des ganzen Volkes getragen sein. Und dieses Vertrauen könne nur geschaffen werden durch die unbedingte Zuverlässigkeit, daß die Reichsregierung und alle nachgeordneten Stellen mit größtem Nachdruck die Ursachen bekämpfen würden, die bisher eine Gesundung der Währung verhindert hätten. Dazu sei vor allen Dingen eine auswärtige Politik notwendig, die der starken Herabminderung der deutschen Wirtschaft entspreche, ferner die Ausbalancierung des Reichshaushaltes, wobei unter Hintanhaltung aller Parteirücksichten auf unbedingte Sparbarkeit gedrungen werden müsse. Notwendig sei ferner der Abbau des Beamtenapparates, die Beseitigung der produktionshindernden Steuern und statt dessen verständlichere und einträglichere Steuern, die Verschärfung der Finanzen der Länder und Gemeinden unter Oberaufsicht des Reiches, aber unter deren eigener Verwaltung, die Auflösung der Reichsbetriebe aus dem allgemeinen Etat. Die Voraussetzung für die Wertbeständigkeit des neuen Zahlungsmittels sei im übrigen die Aktivierung der Zahlungsbilanz, die nur durch die Förderung der Ausfuhr erreicht werden könne. Deshalb müsse die deutsche Produktion wieder wettbewerbsfähig gemacht werden. In diesem Zusammenhang sei die Änderung des Arbeitszeitgesetzes und die Befreiung von Tarifverträgen zu fordern. Eine vollständige Beseitigung der Fernverkehrssteuern werde sowohl dem Wirtschaftsleben, wie der Entlastung des Reichshaushaltes zugute kommen. Nur unter der Voraussetzung, daß diese Forderungen erfüllt würden, werde nach Ansicht des Verwaltungsrates die Rentenbank der Rentenmark das Vertrauen im Volk gewinnen und erhalten können, wobei mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden müsse, daß die Schaffung der Rentenmark eine schwere Belastung des Bestandes darstelle und das letzte Mittel bedeute, um zu einer Gesundung von Währung und Wirtschaft zu gelangen. Die Kredite, welche dem Reich zur Einlösung der Schatzanweisungen und zur Ausbalancierung des Etats in Höhe von 1200 Millionen gegeben seien, stellten das Aushilfsmittel dar, was nach der geltenden Verordnung zur Verfügung stehe. Die Reichsregierung müsse sich unter allen Umständen darauf einstellen, mit diesen Mitteln auszukommen. Die Verwaltung der Rentenbank erhebe diese Forderungen aus dem Bewußtsein ihrer Verantwortung, welche sie einerseits dem besetzten Besitz und andererseits den Inhabern der Rentenscheine und Rentenbriefe gegenüber trage. — Der Reichsminister erklärte zu den wesentlichsten Grundgedanken der Darlegungen des Verwaltungsrates seine Zustimmung und betonte insbesondere, daß die Reichsregierung auf alle Fälle innerhalb der durch die Verordnung geschaffenen Grenzen für die Beschäftigung und die Kredite haften werde. Sie bemühe sich mit größtem Nachdruck, die Forderungen der einzelnen Ämter aufs äußerste zu beschränken. Durch die Befolgung der von dem Verwaltungsrat der Rentenbank entwickelten Grundsätze sei auch nach Auffassung des Reichsministers allein die Möglichkeit gegeben, die Währungsverhältnisse und damit die gesamte deutsche Wirtschaft zu erträglichen Zuständen zu führen. Durch die Befolgung dieser Grundsätze werde auch das Reich am Besten den Dank an alle diejenigen abtragen, die die schwere Belastung im Interesse der Allgemeinheit auf sich genommen hätten. Bereits in den nächsten Tagen würden Maßnahmen veröffentlicht werden, die einen Teil der vorgetragenen Wünsche der Erfüllung näher brächten. — Einen größeren Raum in der Erörterung nahm auch die Frage ein, wie die Rentenmark möglichst schnell in den Verkehr gebracht werden könne. Der Buchdruckerstreik habe zwar die Herstellung der Noten um einige Tage verzögert, indessen könne damit gerechnet werden, daß auch abgesehen von den Zahlungen, die das Reich in den nächsten Tagen leisten, nicht unerhebliche Beträge zur Einlösung von Papiermark gegen Rentenmark bereitgestellt würden. Der dringende Bedarf der Wirtschaft nach Gewährung von Krediten in Rentenmark werde so bald wie möglich befriedigt werden müssen. Nach der Verordnung sei die Kreditgewährung an die Vermittlung der Rentenbank und der privaten Notenbanken gebunden. Die Verhand-

Amtliche Bekanntmachungen.

Verfügung.

Nach Meldungen aus verschiedenen Teilen des Wehrkreises mehren sich die Fälle, in denen Geschäftsleute im Kleinhandel die Annahme von Papiergeld als Zahlung verweigern oder bei Bezahlung mit wertbeständigem Geld Rabatt gewähren, obgleich zur Zeit Papiergeld noch das gesetzliche Zahlungsmittel bildet. Hierdurch werden diejenigen, die wertbeständige Zahlungsmittel noch nicht besitzen, zur Verzweiflung gebracht und es sind daher Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu befürchten.

Sch ordne daher an, daß bis zur staatlichen Außerkräftsetzung das Papiergeld als öffentliches Zahlungsmittel im Kleinhandel unbeanstandet anzunehmen ist.

Ferner ist gemeldet, daß bereits fliegende Händler versuchen, wertbeständiges Geld zu Spekulationszwecken aufzukaufen und es hierdurch dem Verkehr entziehen. Dieses Verfahren verbiete ich, denn es gefährdet gleichfalls Ruhe und Ordnung.

Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft. Außerdem haben die Polizeibehörden in geeigneten Fällen zur Festnahme des Schuldigen zu schreiten und bei mir Verhängung der Schutzhaft zu beantragen.

Der Militärbefehlshaber:
gez. Reinhardt, Generalleutnant.

Bekanntmachung

betr. Sicherstellung des Wareneinkaufs.

Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung vom 22. Oktober 1923 (R.G.B. I S. 992) und der Verfügung des Württ. Arbeitsministeriums vom 10. November 1923 (Staatsanz. Nr. 265) werden für sämtliche Gemeinden des Oberamtsbezirks Calw als Mindest-Verkaufszeit im Sinne des § 1 der gen. Reichsverordnung die Stunden von Vormittags 9—12½ und Nachmittags 3—5 festgesetzt.

Während dieser Mindest-Zeit müssen die Geschäfte zum Verkauf von Gegenständen des täglichen Bedarfs geöffnet sein.

Zuwiderhandlungen sind strafbar.

Ein weitergehendes Offenhalten der Geschäfte bis zur gesetzlich zulässigen Höchstverkaufszeit ist statthaft.

Calw, den 15. Nov. 1923.

Oberamt: G ö s.

lungen mit der Rentenbank seien bereits eingeleitet und es sei zu wünschen, daß sie bald zu einem Ergebnis führten.

Einbeziehung der Rentenmark in die Devisenverordnung.

Berlin, 16. Nov. Von maßgebender Seite wird mitgeteilt: In der nächsten Nummer des „Reichsanzeigers“ erscheint eine Verordnung über die Ausdehnung der Devisenverordnung auf die Rentenmark, Goldanleihe und das wertbeständige Notgeld. In Art. 1 werden die für die Reichsmark geltenden Bestimmungen der Valutaspekulationsverordnung auf die Rentenmark, die wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches (Goldanleihe) und auf mit Genehmigung des Reichsfinanzministers herausgegebenes wertbeständiges Notgeld ausgedehnt. Darnach unterliegt der Erwerb ausländischer Zahlungsmittel gegen Rentenmark, Goldanleihe oder wertbeständiges Notgeld den gleichen Beschränkungen wie der Erwerb gegen Reichsmark. Ferner ist die Beileihung ausländischer Geldwerte mit Rentenmark, Goldanleihe und wertbeständigem Notgeld verboten und die Beileihung ausländischer Devisen mit solchen inländischen Zahlungsmitteln meldepflichtig. Auch dürfen einer Person oder Personeneinigung, die im Inlande ihren Wohnsitz hat, auf Rentenmark, Goldanleihe oder wertbeständiges Notgeld lautende Kredite nur mit Zustimmung der Reichsbank eingeräumt werden. Endlich erstreckt sich die Ermächtigung der Reichsregierung, Vorschriften über die Meldung von Gutschriften an Reichsmark, von Überweisungen und Auszahlungen in Reichsmarkbeträgen zu erlassen, auf Rentenmark, Goldanleihe und wertbeständiges Notgeld.

Die gleiche Ausdehnung erfahren die Ausführungsbestimmungen zur Valutaspekulationsverordnung. Insbesondere dürfen auch gegen Rentenmark, Goldanleihe und wertbeständiges Notgeld ausländische Zahlungsmittel auf Grund einer Handelskammerbescheinigung zur Beschaffung von Einfuhrwaren nur erworben werden, soweit der Erwerber ohne Beschaffung der Einfuhr seinen Betrieb nicht jeweils 2 Monate in dem Umfang der Monate Mai und Juni 1923 fortführen könnte. (§ 5 a der Ausführungsbestimmungen in der Fassung der Verordnung vom 24. 8., Reichsgesetzblatt I, S. 835). In Art. 2 wird das Markankaufsverbot auf Rentenmark, Goldanleihe und wertbeständiges Notgeld ausgedehnt. Es ist also verboten, Beträge in Rentenmark, Goldanleihe oder wertbeständigem Notgeld mittelbar oder unmittelbar an im Ausland ansässige Inländer oder Ausländer zu verkaufen oder zur Verfügung zu stellen, soweit die Beträge den Gegenwert von 10 englischen Pfund im Einzelfall übersteigen. Unter den Beträgen sind Geldforten, Papiergeld, Banknoten, dergleichen Anleihestücke, Zwischenscheine, Auszahlungen und

Anweisungen, Schecks und Wechsel zu verstehen. Die Ausnahmen von dem Markverkaufsverbot in den §§ 2 und 3 der Ausführungsbestimmungen vom 17. 8. und 2. 11. (R. G. B. I, Seite 830 und 1072) gelten auch für Beträge in Rentenmark, Goldanleihe oder wertbeständiges Notgeld, die im Ausland ansässigen Inländern oder Ausländern zur Verfügung gestellt werden. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung im Reichsanzeiger in Kraft.

Teilweise Ausbezahlung der Bezüge in Rentenmark.

Berlin, 15. Nov. Den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Reiches und den Beamten und Angestellten der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbänden) wird am 15. und 16. November zum erstenmal ein Teil ihrer Bezüge in Rentenmark ausbezahlt. Aus kassenrechtlichen Gründen wird hierbei ein Umrechnungssatz von 300 Milliarden Papiermark gleich 1 Rentenmark zugrundegelegt. Dieser Umrechnungssatz hat nur rechnerische Bedeutung für das innere Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden als Arbeitgeber einerseits und den obengenannten Gehalts- und Lohnempfängern andererseits. Der Kursfestsetzung der Rentenmark für den öffentlichen Verkehr sollte hierdurch in keiner Weise vorzugriffen werden. Inzwischen ist der Kurs der Rentenmark für den öffentlichen Verkehr auf 600 Milliarden festgesetzt worden. Die erhöhte Zahlung, die sich hieraus für die genannten Gehalts- und Lohnempfänger ergibt, wird bei der Festsetzung der Nachzahlung für das 3. Novemberviertel und der entsprechenden Arbeitslohnwoche berücksichtigt werden.

Deutschland.

Die Erhöhung der Verbrauchssteuern.

Berlin, 13. Nov. Eine von der Reichsregierung bereits am 27. Oktober auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung über Verbrauchssteuern bringt eine Erhöhung der Steuern für Zucker, Salz und Zündwaren, sowie die Festsetzung der Spielkartensteuer in Gold. Die Verordnung soll am 16. November in Kraft treten. Von diesem Tage an wird bekanntlich die Rentenbank ins Leben treten. Die Notenpresse wird ganz stillgelegt. Die Finanzierung des Reichshaushaltes erfolgt auf der Grundlage eines für 4 1/2 Monate veranschlagten Ubergangsetats. Um ihn durchführen zu können, ohne die Kredite der Rentenbank zu stark in Anspruch zu nehmen, müssen selbstverständlich alle Steuerquellen so ausgeschöpft werden, wie es unter den gegenwärtigen Umständen nur möglich ist. Die Verordnung stellt nur einen Ausschnitt aus den steuerlichen Maßnahmen dar, die insbesondere noch auf dem Gebiete der Besitzsteuern erforderlich werden, um den angestrebten finanziellen Erfolg zu erreichen und die Steuern den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Nach dieser Verordnung wird die Zuckersteuer 35% des Herstellerpreises für Braunkohlzucker (Melis) ab Magdeburg betragen und vom Reichsminister der Finanzen in Goldmark festzusetzen sein. Bei einem gegenwärtigen Preis von 42 Goldmark für den Doppelzentner würde sie also auf 14,70 festzusetzen sein. Im Frieden betrug die Zuckersteuer bei einem Preis von 24,73 Mark vom Doppelzentner, war also verhältnismäßig noch erheblich höher. In einer eigenen Verordnung über die Zuckersteuer wird diese Abgabe vom 16. November ab für Stärkezucker auf 6 Goldmark, für anderen Zucker auf 15 Goldmark von 100 Kilogr. Reingewicht festgesetzt. Die Salzsteuer wird nach Inkrafttreten der Verordnung 45% des Großhandelspreises für gewöhnl. Speisesalz in loser Schüttung ab Braunschweig betragen und ebenfalls in Goldmark zahlbar sein. Sie wird bei einem Goldpreis von 1.64 Mark für den Doppelzentner auf 0,74 Goldmark festzusetzen sein gegenüber einer Steuer von 12 Mark im Frieden. Die Zündwarensteuer wird künftig 60% des Steuerwertes (Herstellerverkaufspreis) betragen. Bei dem gegenwärtigen Preis von 175 Goldmark für eine Normalkiste (1000 Pakete zu 10 Schachteln) ergibt sich demnach eine Steuer von 1 Goldpfennig für die Schachtel, gegenüber einer Steuer von 1,5 Pfennig vor dem Krieg. Der Herstellerverkaufspreis ist von 9 Mark für eine Normalkiste im Frieden auf 165 Mark gestiegen. Der Preis einschließlich Steuer stellt sich mithin höher als im Frieden. Dies muß angesichts der sehr hohen Belastung der Zündhölzer im Ausland getragen werden. Die Spielkartensteuer ist in der Verordnung auf 30 Goldpfennig für das Spiel festgesetzt worden und entspricht hiermit dem Vorkriegssteuersatz.

Bayern.

München, 16. Nov. Die Vereinigten vaterländischen Verbände Bayerns veröffentlichen einen Aufruf zur Einigung und Sammlung. Es heißt in dem Aufruf, die leitenden Männer der vaterländischen Verbände hätten Schritte getan, um eine Einigung herbeizuführen.

München, 16. Nov. In der gestrigen Sitzung des Aeltestenrats des bayerischen Landtags kam es noch zu keinem Beschluß über die Einberufung des Landtags. In der nächsten Woche wird der Aeltestenrat wieder zusammenzutreten.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 16. November 1923.

Prüfung für den mittleren Justizdienst.

Infolge der bestandenen Prüfung für den mittleren Justizdienst ist u. a. Paul Widmann von Gehringen zum Notariatspraktikanten bestellt worden.

Sozialdemokratische Forderungen an den Staatspräsidenten.

(S.C.B.) Stuttgart, 13. Nov. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hielt gestern eine Sitzung ab und beschloß nach eingehender Beratung, dem Staatspräsidenten Dr. Hieber in einer Rundgebung ihre Meinung über die derzeitige politische Lage zur Kenntnis zu bringen. Die Fraktion ist der Auffassung, daß für die Zukunft mit der Taktik des Gewährenlassens rechtsradikaler Richtungen und des Abfangens bereits ausgebrochener populistischer Unternehmungen im Reich wie in den Ländern gebrochen werden muß. Etwa notwendig werdenden Verstärkungen der staatlichen Polizeitruppe, die nur aus zuverlässigen, verfassungstreuen Mitgliedern bestehen darf, sind aus dem Kreise geeigneter republikanischer Staatsbürger zu gewinnen, die Polizei ist von den rechtsradikalen Elementen vollständig zu säubern. Beamte, die auf den gewaltsamen Sturz der Verfassung abzielenden Organisationen angehören, sind aus dem Dienste zu entlassen, dem ganzen Beamtenkörper sind die Pflichten, die sich aus dem Dienstverhältnis zum republikanischen Staat ergeben, zum Bewußtsein zu bringen. Die Fraktion hält für notwendig, daß die wirtl. Regierung auch gegenüber der Reichsregierung klar und entschieden im Sinne dieser Richtlinien Stellung nimmt und von der Reichsregierung ein entschlossenes Vorgehen zu dem Zweck der unbedingten Anerkennung der staatsrechtlichen Oberhoheit des Reichs über die Länder auch seitens der bayrischen Regierung fordert. In den wirtschaftlichen Fragen müssen alle Kräfte des Staates eingesetzt werden, um die Ernte der Verbraucherbevölkerung rasch und unter Bedingungen zugänglich zu machen, die mit den Einkommensverhältnissen der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung verträglich sind, den Hilfsbedürftigen alle gebotene Unterstützung zu gewähren und auf eine schleunige Sanierung der Reichs- und Landesfinanzen hinzuwirken, von der in erster Linie das Gelingen der Versuche, wertbeständige Zahlungsmittel zu schaffen, abhängt. Eine nach diesen Grundgedanken geleitete Landespolitik ist die Fraktion zu unterstützen bereit, jede andere Politik würde sie entschieden bekämpfen müssen.

Schweres Eisenbahnunglück bei Kornwestheim.

Stuttgart, 15. Nov. Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Am 15. November, nachmittags 5.30 Uhr, ist eine Lokomotive ohne Beachtung des auf „Halt“ stehenden Ausfahrtsignals auf dem Rangierbahnhof Untertürkheim gegen Kornwestheim auf dem falschen Geleise ausgefahren und zwischen der Blockstelle „CBIT“ und Münster am Neckar bei Kilometer 2/300 auf den entgegenkommenden Lokzug 1437 aufgefahren. 7 Personen wurden getötet, etwa 20 Personen verletzt, zum Teil schwer. Die Toten und Verletzten wurden in das nächstliegende Bezirkskrankenhaus in Canstatt verbracht. Hilfszüge, Ärzte und Sanitätskolonnen begaben sich alsbald zur Unfallstelle. Der Präsident der Reichsbahndirektion, der Vorstand der Betriebsabteilung und die sonstigen zuständigen Behörden fanden sich ebenfalls zur Leitung und Ausführung der Bergungs- und Aufräumungsarbeiten in kürzester Zeit ein. Beide Geleise sind gesperrt. Ein Gleis wurde nach fünf Stunden wieder frei, das andere wird morgen früh wieder befahrbar sein. Beide Lokomotiven sind

Das Auge des Buddha.

Roman von Friedrich Jacobsen.

Damit machte er leuchtend und verschwand mit seinen Begleitern; Morelli aber erschöpfte sich in Komplimenten. „Großartig, Herr Westen, beim Zeus magnifiqué! Der Seitensprung hätte Mister Stevens den Hals gelöstet, was übrigens nicht viel sagen will. Wenn Ihr Almanzor ein Zirkuspferd ist, dann sind wir einig.“

Als aber Judica mit einem leisen Augenwink bemerkte, daß Mister Stevens Meister auch zum mindesten Mister Stevens Gage beanspruchen könnte, und als sie ganz harmlos die runde Summe nannte, da wurde der Direktor grämlich. „Das verstehen Sie nicht, liebes Kind, davon kann gar nicht die Rede sein. Mister Stevens war ein wärschster Engländer und oben drein vom Fach; Herr Westen wird als Anfänger keine Ansprüche erheben, die den Verhältnissen nicht entsprechen. Vor allen Dingen muß ich erst wissen, ob er dem Publikum zusagt, denn das Publikum hat bei unsereins die erste, zweite und dritte Stimme.“

Trotzdem kam es noch im Lauf des Tags zum Probeengagement auf vorläufig einen Monat. Allerdings hatte Westen so'n Gefühl, als ob sein Almanzor und Judica den Kontrakt zustand gebracht hätten, und das war etwas niederdrückend.

Judica hatte eine ziemlich bewegte Vergangenheit hinter sich. Keineswegs im anrüchigen Sinne, vielmehr galt sie als unnahbar, aber die bunten Schicksale einer Zirkuskünstlerin waren ihr nicht erspart geblieben.

Sie stammte aus Ungarn und war die Tochter des Husarenwachmeisters Stephany, der sich in die schönen Augen einer Vollblutjungeerin verliebt und das halb wilde Kind der Steppe auch wirklich geheiratet hatte. Die Schwadron stand in einer

stark beschädigt, der Schlufswagen und 6 Personenwagen sind beschädigt, zum Teil verbrannt.

(S.C.B.) Stuttgart, 15. Nov. Unter der Anschuldigung, sich gegen das Verbot der Bildung von Sturmtrupps und Hundertschaften vergangen und Angehörige des Vereins mit Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenständen versehen und militärische Übungen abgehalten zu haben, standen 18 Nationalsozialisten vor der Strafkammer. Waffenfunde in der Reinsburgstraße hatten schwerwiegendes Belastungsmaterial ergeben. Das Gericht erkannte gegen den Hauptmann a. D. Ludwig Steyrer aus Augsburg auf 4 Monate, gegen den 25jährigen früheren Notariatspraktikanten Eugen Kaiser von Altdorf auf eine Gesamthaft von 4 Monaten 15 Tagen nebst 3 Tagen Haft wegen grober Ungehörigkeit gegenüber dem Gericht, deren Mitglieder er als Handlanger der Entente bezeichnet hatte, gegen den Stuttgarter Geschäftsführer der Nationalsozialisten Dr. Kalenboeck, einen früheren österreichischen Offizier, auf 2 Monate Gefängnis. Der Angeklagte Stod wurde zu 1 Monat Gefängnis, der Angeklagte Becker, der ein Geschäftslokal zur Aufbewahrung von Ausrüstungsgegenständen zur Verfügung gestellt hatte, zu 1½ Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Die übrigen erhielten 4 Wochen Gefängnis. Einer ist inzwischen gestorben.

(S.C.B.) Stuttgart, 15. Nov. In einer Schutzhütte bei der Birkenwaldstraße wurde ein 57 Jahre alter Mann erschossen aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor.

(S.C.B.) Kottenburg, 15. Nov. Fabrikant Gehring, Inhaber der mechanischen Buntweberei in Bodelshausen, hat dem Jugendamt Kottenburg einen Posten Unterkleidung im Wert von vielen Billionen für notleidende Kinder geschenkt.

(S.C.B.) Tübingen, 15. Nov. Das Staatsministerium hat am 14. Nov. beim Landgericht Tübingen für dessen Bezirk eine zweite Kammer für Handelsachen errichtet.

(S.C.B.) Schweningen, 15. Nov. Der Zusammenstoß mit der Reichswehr hat einen Toten, zwei Schwerverletzte und neun Leichtverletzte gefordert. Es sind: Johann Hardegger, Schmied von Hölldorf, tot; Gottl. Staiger, Gemeinderat, Gewehrdurchschuß, linke Lunge; Gertrud Ripp, Gewehrschuß durch beide Oberschenkel; Frau Babette Ottilie, Oberschenkelgewehrschuß; Friedrich Böhner, Gewehrschußverletzung am Knie; Hugo Stegmann, Gewehrschußverletzung beider Oberschenkel; Ernst Jauch jr., Gewehrschuß linker Oberschenkel; Paul Stähle, Pistolenschuß am Unterschenkel; Ernst Stritt, Revolverschuß am rechten Fuß durchs Gelenk; Hermann Bader, Revolverschuß am linken Unterschenkel; Wilhelm Mauch, Revolverschuß am linken Unterschenkel; Sofie Schäfer, Revolverschuß am rechten Unterarm.

(S.C.B.) Weihingen a. N., 15. Nov. Im Sandbruch des Gutspächters Herrmann wurden gestern einige Männer verschüttet. Der verheiratete, 32 Jahre alte Sandgräber Wilhelm Gerstenlauer wurde dabei schwer verletzt und verschied einige Stunden hernach im Bezirkskrankenhaus. Die Fuhrleute und Landwirte Gieg und Hahn von Möglingen, die mit Sandausladen beschäftigt waren, wurden, lt. „Ludwigsburger Ztg.“ leicht verletzt.

(S.C.B.) Salach M. Göppingen, 15. Nov. In einem Kolonialwarengeschäft wurden nachts die Fensterscheiben eingeworfen, so daß am andern Morgen Hunderte von

kleinen, weltentlegenen Stadt am Fuße der Karpathen, und ihre engen Verhältnisse wurden für Judica Mutter unerträglich; sie starb, als das Kind kaum drei Jahre alt war, und als bald darauf der Vater in einem Gefecht gegen umherstreifende Räuberbanden fiel, wäre das Schicksal des auffallend schönen Mädchens entschieden gewesen, wenn sich nicht der Rittmeister Baron Schwarzenberg seiner angenommen hätte. Er lebte in kinderloser Ehe, nahm den Abschied, siedelte nach Budapest über und ließ Judica eine ausgezeichnete Erziehung zuteil werden, die indessen mit dem vierzehnten Lebensjahr ein jähes Ende nahm, da der Pflegevater in Konkurs geriet und sich erschöpfte. — Und nun erwachte in der angehenden Jungfrau das mütterliche Blut mit elementarer Gewalt: Judica schloß sich einem kleinen Zirkus an, der unter höchst kümmerlichen Verhältnissen die Monarchie durchwanderte; sie kostete die ganze Misere dieser fatalen Existenz, aber es war eine gute Schule, und als sie endlich mit achtzehn Jahren bei Morelli ankam, der damals noch auf der Höhe des Erfolges stand, schien ihre künstlerische Laufbahn gesichert zu sein. In den beiden folgenden Jahren ging es mit dem Italiener zurück; er konnte den Prachtanstand der großen Weltzirkusse nicht mitmachen und kam allmählich ins Hintertreffen; aber Judica blieb ihm aus Dankbarkeit treu und galt als die Hauptstütze des ganzen Unternehmens.

Viertes Kapitel.

Ungefähr eine Woche später nach Ulrichs Eintritt sah Judica in ihrer kleinen Stadtwohnung und ließ sich von der Dienerin die schweren dunklen Haarflechten auflösen. Die Vorstellung war vorüber, es ging schon auf Mitternacht, von der Straße hörte man kaum einen Laut, denn München ist keine Nachtstadt.

Die alte Salome verrichtete schweigend ihre Arbeit. Die schwarzen Augen und das scharf geschnittene Gesicht verzierten den

Steinen in den Zimmern lagen. Auch wurden Schüsse abgegeben. Leider ist es bis jetzt noch nicht gelungen, die Täter ausfindig zu machen. — Auch in der Nacht vom Montag auf Dienstag wurden die Schaufenster einer Metzgerei mit Backsteinen eingeworfen. Auch in diesem Falle sind die Täter, die höchst wahrscheinlich dieselben wie im ersten Falle waren, unbekannt entkommen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

Dollar	2 526,3	Ma.
Goldmark	601,5	Ma.
Schweizer Franken	445,11	Ma.
franz. Franken	138,345	Ma.
holl. Gulden	952,375	Ma.
Lebensindex für Lebenshaltung	218,5	Ma.
Goldumrechnungsjahr für Steuern	600	Ma.

Stuttgarter Landesproduktbörse.

Stuttgart, 15. Nov. Bei der Stuttgarter Landesproduktbörse vom 15. Nov. kam auch diesmal eine Preisnotierung nicht zu Stande.

Der Erzeuger-Preis für Milch.

Der neue Erzeugerpreis für die Zeit vom Samstag, den 17. Nov. bis Dienstag, den 20. Nov. einschließlich beträgt auf Grund der letzten Vereinbarungen der Spitzenverbände 15 Goldpfennige, umgerechnet nach dem amtlichen Multiplikator vom Freitag, den 16. Nov. Am nächsten Montag verhandeln die Spitzenorganisationen über die Möglichkeit einer zweiseitigen Ausbezahlung des Erzeugerpreises an die Erzeuger, um dadurch die gegenwärtige enorme Geldentwertung einigermaßen auszugleichen zu können.

Bericht vom Calwer Viehmarkt.

Bei dem am 14. Nov. abgehaltenen Vieh- u. Schweinemarkt waren insgesamt 47 Stück Rindvieh zugeführt. Darunter befanden sich 9 Stück Ochsen und Stiere, 18 Kühe, 20 Kälber. Die Preise waren auf Goldmark gestellt, gehandelt wurde ganz wenig und somit konnten nur einzelne Preise notiert werden. Für Kühe wurden 330 und für Kälber 160—350 Goldmark bezahlt. Auf dem Schweinemarkt waren 23 Läufer und 161 Stück Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurden für Läufer 40—110 und für Milchschweine 15—40 Goldmark.

Märkte.

Stuttgart, 15. Nov. Dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 15. Nov. 1923 wurden zugetrieben: 126 Ochsen, 26 Bullen, 163 Jungbullen, 174 Jungkälber, 271 Kühe, 291 Kälber, 79 Schweine, 288 Schafe, 1 Ziege. Für 1 Ztr. Lebendgewicht wurde bezahlt in Goldmark: Ochsen 1. 63 bis 65, 2. 50—60; Bullen 1. 61—63, 2. 48—58; Jungbullen 1. 63—66, 2. 58—62, 3. 50—56; Kühe 1. 55—60, 2. 40—50, 3. 30—38; Kälber 1. 73—75, 2. 68—70, 3. 64—67; Schweine 1. 120, 2. 105—115, 3. 95—100; Hammel geschlachtet, Fleischgewicht 115—120; Schafe geschlachtet, Fleischgewicht 100—110. Verlauf des Marktes: mäßig belebt, alles wurde verkauft.

Die wirklichen Kleinhandelspreise dürfen nicht an den Vieh- und Schweinemarkt gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Bedingnisse in Betracht kommen. D. Schmitt.

Zigeunertyp, sie war mehr Freundin und Vertraute als Dienerin und hatte das junge Mädchen schon im Schwarzenberg'schen Hause betreut — als Judica in die Welt ging, folgte sie ihr wie ein Hund; sie wäre bis an den Nordpol mitgelaufen.

Endlich brach sie das Schweigen.

„Wie macht er seine Sache?“

„Gut. Heute, als er die Hürde nahm, hat man ihm Beifall gesendet — das will in diesem schwerfälligen Lande etwas heißen.“

„Na, Kindchen, du brauchst dich doch wirklich nicht zu beklagen!“

„Ja?“ sagte Judica bitter. „Nein; ich könnte auf einem Esel durch den Zirkus traben, in mir wittern sie das Weib. Aber an Ulrich Westen würdigen sie den Reiter.“

„So wird er also bleiben?“

„Wenn es auf Morelli ankommt — gewiß. Aber ich glaube doch nicht daran.“

„Warum, Mädchen?“

„Er ist nicht von der Junft.“

Die Alte lauerte sich auf einen Schemel und zog die Knie hoch.

„Du hast recht, unsere Leute sind anders, ohne den Sand sterben sie. Aber er wird doch bleiben, dieser blonde Nordmann — ich verstehe mich darauf.“

„Wer sollte ihn halten?“

„Du.“

Judica stand auf und warf die schwarze Haarmasse in den Nacken.

„Rede nicht so töricht, Salome. Hat er deine oder meine Augen? Seine sind grau wie bei den Falken — er sieht nur in die Ferne.“

(Fortsetzung folgt.)

Krenz und quer durch alemannisches Land. (9. Fortsetzung.)

Mit mehrstündiger Verspätung erreichte ich mein Ziel, die alte Siedlung bei Bad Münsthausen. Dort hatte ich das einzige un-
veränderte Erlebnis der ganzen Zeit, indem ich dort durch junge Bur-
schen als „Sauschwab“ belästigt wurde. Ich besuchte dort einen
Schulfreund in der Nähe der Stadt, konnte mit Auto ziemlich
weit fahren, hörte dort wie allerwärts große Klagen über den
stodenden Geschäftsgang, den mangelnden Absatz eines Haupt-
landesproduktes, des „Wins“, die überaus drückenden Steuern.
Überall besteht ein Hunger nach geistiger Nahrung, nach Erzeug-
nissen deutscher Lyrik und deutscher Literatur. „D daß wir doch
auch andere geistige Kost hätten,“ nicht mehr die farblosen, über
Basel kommenden Berichte. — Die Narben auf dem Hartmanns-
weilerkopf schließen sich. Die Wiederaufforstung macht rasche
Fortschritte. Nachts kam ich noch zu einem bekannten Flüchtling,
am Fuße des Mollenrains und Sudelkopf, der eine unbändige
Freude bezugte über den „bitischen“ Besuch. Die (naturalisierten)
Landsleute badiſcher Herkunft wurden zusammengetrommelt.
Wie gehts Euch drine. Mürrt er no allewil so Honger lida?
Wie gehts an der Ruhr? Trotz der funkelneulernen Napo-
leon-Büste war mein Mann „neutral“ gefimmt. In der Anlage
der Textilstadt G. ist ein prächtiges Bronce Denkmal: David Bloch
1895—1916 fusilé par les Allemands. Auf meine Frage nach
dem warum die Antwort: „Dascht a Jüdbue gft von hia, 's isch
am recht geschick, 's isch a Spion gft bi de Flieger, drüba en
Hardtwald, han se'n abgshoffa si Fluggzeug on z Müllusa ver-
schoffa.“ Auf der Fahrt in ein durch eine gewisse Produktion be-
kanntes Tal wurde ich gleich heimisch, Leute von altem Schrot
und Kern, deutsche Vornamen, deutsche Art, deutscher Gruß. Ich
fragte nach dem ... tal (Kriegerfriedhof). Jedermann ging
gerne ein Stück mit, um den Weg zu zeigen. Der letzte meinte
treuherzig: Wissen er, ich kann ta Wort französisch, bin erst
27-jährig, mini Quartiermadame em Ostrübe hets gor nit kenne
gloiw, daß ichs net kann. Er erzählte dann von dem Ort mei-
nes Endzieles, von der wunderbaren Art, wie den Leuten ihr
verstecktes Geld und ihre Schutzsachen erhalten blieben (was mir
gerade so von den Betreffenden selbst bestätigt wurde nachher)
— es war die Heimat seiner Mutter. „Die Lüt wohne noch en
Baracke, wann er net bliwa kenne, miar han Platz, ich wart
bis else.“ — Er führte mich dann an das Grab meines engeren
Landsmanns, des Oberleutnants v. C. Er versprach, seine

Mutter pflege jetzt das Grab. Mort pour sa patrie steht dar-
auf. Wie ich feststellte, hat er mit seinen Landwehrleuten den
S... berg gestürmt, wurde mit seinen Leutnants Hubmann und
Seitz abggeschlachtet, die mit ihm den Tod fanden. Er soll acht
Franzosen erschlagen haben, ehe er selbst fiel. Er hat nach seinem
Tode und seinen Angehörigen gegenüber getanen Äußerungen
den Tod gesucht. Was ich in jener Nacht noch zu hören bekam,
war herzerhebend. Dieses Bekenntnis zur Heimat, zum Deutsch-
tum, zum Glauben der Väter: Wie oft ham mer müen flüchtia,
allemol sam mer widder kemma.

Am Sitze des Haut-Nhün führen die Zeitungen eine energische
Sprache im Kampfe um die Schule. — Dort wurde mir von
einem Wissenden gesagt, 600 hat man mit Geldbelohnungen, mit
Deforationen ausgezeichnet, weil sie von den Deutschen teils
wirklich, teils angeblich Unrecht erlitten haben. Wo bleiben aber
die 6000, die evaluiert waren und der Entschädigung harren.
„Wie gut ist es, daß wir nach dem Waffenstillstand nicht abstim-
men durften. Da hätte die Mehrheit doch für die Franzosen ge-
stimmt.“ Ich sah auch dort eine Karte ausgestellt, neueren Da-
tums, die „Sarre“, das Saargebiet war schon ohne Grenzlinie
mit Lothringen verbunden. Das Museum ist sehr sehenswert,
das Glangstück, der Jhenheimer Altar von Grünwald, hat durch
die vielen Transporte über den Krieg gelitten. Auf dem Mars-
felde tritt die Statue der Elsäßerin auf den deutschen Stahl-
helm. Groß tragen die Straßenzüge welsche Namen, verhämt
darunter die alten deutschen. Fragt man nach der rue des
chefs? Ja, iar wella en d Schlüsselgäß. Avenue de la liberte,
Raymond Poincaré, Gambetta, Wilson, Joffre, Reims,
Marne, Pétain. Fragt man nach einer dieser hochtönenden
Straßen an der Hand des geschenkt erhaltenen syndical d'ini-
tiative, so bedarf es erst einer Umfrage, wo das sein könnte?
Der nächste Morgen führte mich ins Weinbaugebiet. Frage nach
de Prühe: Sie han ein mitonder mit de Kommissstiesel getratta,
awer Ordnung isch gft, prompt gschafft han se. „Gut verwalt' san
mer wora. Wenn mer jetzt um 8 auf a Büro kommt, z. B. das
Cooperatif, um 1/10 komme dia Beamta, um 11 kommt mer
endlich dra, wann's oi sonst höfflich san.“ Auf einen Herrn, der
noch in den Federn lag, mußte ich warten. Ich erfuhr dort, daß
die Schullehrerinnen aus Innerfranzreich Kolonia l bezüge
haben. Sie nehmen auf den Rentämtern Bezüge in Empfang
von derselben Höhe, wie gehobene Akademiker, jedenfalls aber
bedeutend mehr als die im Lande belassenen Lehrer, die Fami-
lienväter sind.

Am nächsten Platz wunderbare Erlebnisse: Im ersten Haus
wollte mir ein Würstcher um den Hals fallen, weil er nach so
vielen Jahren wieder Stuageterisch höre, wo er 3 Jahre ge-
wesen sei. „Iar arme Düfel kenne on onfern Win nit awag
lüsa, well ern nemme zah'sa kenne on bi ons loift la Gschäft.“
Ich erwiderte ihm, er sei doch fleis „d'autre côté gft.“ Antwort:
So schon, so daß ich von der Konkurrenz denunziert wora ben
wega Deutschfreundlichkeit on d 1/2 Jahr „Nancy“ ghaft han (in-
terniert war). In diesem Orte ist eine Gedenktafel an seinem
Geburtsort errichtet für den bekannten, in der Verbannung
verstorbenen Abgeordneten Eduard P.

(Fortsetzung folgt.)

Kirchliche Nachrichten.

Evang. Gottesdienst.

25. Sonntag nach Dreiein., 18. Nov. 1923. Opfer für die
Kirchenpflege an Stelle einer Kirchensteuer.

Vom Turm: 299. 1/10 Uhr Predigt, Stadtpt. Lang,
Eingangskted Nr. 383 Meinen Jesum; 1/11 Uhr freiwill.
Sonntagsschule; 1 Uhr Christenlehre (Söhne i. Abt.);
5 Uhr Abendgottesdienst, Stadtv. Gös. Donnerstag, 22.
Nov., 8 Uhr, Bibelstunde.

Kath. Gottesdienst.

8 Uhr Frühmesse; 1/10 Uhr Predigt, Amt und Chri-
stenlehre; 2 Uhr Andacht. Beichtgelegenheit: Samstag von
4 Uhr nachm. an und Sonntag früh von 7 Uhr an.

Gottesdienste der Methodistengemeinde

Sonntag, 18. Nov., vom. 1/10 Uhr Predigt, Flößer;
11 Uhr Sonntagsschule; abends 4 Uhr Predigt, Flößer;
Mittwoch, 8 Uhr Bibel- und Gebetsstunde. Stammheim:
vorm. 10 Uhr Gottesdienst; nachm. 1/2 Uhr Predigt, Flö-
ßer; Mittwoch, 8 Uhr Bibelstunde, Flößer.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw.
Druck und Verlag der H. Döschner'schen Buchdruckerei Calw.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw. Grundlohnänderung ab 12. November 1923.

Klasse	Krankenversicherung				Erwerbslosenversicherung				Invaliden-Versich.			
	Grund- lohn	Tages- beitrag	Anteil d. Ver- sichert.	Woch- beitrag	Anteil d. Ver- sichert.	Tages- beitrag	Anteil d. Ver- sichert.	Woch- beitrag	Anteil d. Ver- sichert.	Klasse	Woch- beitrag	Anteil d. Ver- sichert.
	Mil- liarden	Mil- liarden	Mil- lionen	Mil- lionen	Mil- lionen	Mil- lionen	Mil- lionen	Mil- lionen	Mil- lionen		Mil- liarden	Mil- liarden
1	30	2550	1700	17850	11900	510	255	3570	1785	44	19	9,5
2	90	7650	5100	53550	35700	1530	765	10710	5355	45	25	12,5
3	150	12750	8500	89250	59500	2550	1275	17850	8925	47	52	26
4	270	22950	15300	160650	117100	4590	2295	32130	16065	49	94	47
5	360	30600	20400	214200	142800	6120	3060	42840	21420	50	116	58
6	450	38250	25500	267750	178500	7650	3825	53550	26775	50	116	58
7	540	45900	30600	321300	234200	9180	4590	64260	32130	50	116	58
8	660	56100	37400	392700	261800	11220	5610	78540	39270	50	116	58
9	750	63750	42500	446250	297500	12750	6375	89250	44625	50	116	58
10	840	71400	47600	499800	333200	14280	7140	99960	49980	50	116	58

Calw, den 15. Nov. 1923. Vorstehender des Vorstandes: Siv.: M a p. Verwalter: P r o f.



Elektro- Motoren

neu und gebraucht
für Gleichstrom und Drehstrom
steils sofort ab Lager lieferbar.

Apparat, G.m.b.H., Esslingen a. N. 13

Reparaturwerk
für Elektromotoren und Transformatoren.
Fennel 89 und 92

Calw, (Windhof) den 15. November 1923.

Todes-Anzeige.

In tiefem Schmerz teilen wir Verwandten,
Freunden und Bekannten mit, daß mein lieber
Mann, mein guter Vater, mein lieber Sohn,
unser guter Bruder, Schwager und Onkel

Jakob Ganzhorn



heute Nacht nach kurzer schwerer
Krankheit im Alter von 47 Jahren
sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten
im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Maria Ganzhorn mit Kind.

Beerdigung Samstag Mittag 2 Uhr vom
Bezirks-Krankenhaus aus.

Kaufe

Felle aller Art.

Hohe Preise
C. Burkhardt,
Nonnengasse.

Vertausche

gegen Lebensmittel:
1 Sofa,
1 gestrickt. Knabenanzug,
Sport- und lange Hosen,
1 Paar Stiefel, Nr. 40.
Carl Burkhardt,
Nonnengasse.

Pferchverkauf

fällt am 19. November 1923 aus. Nächster Verkauf
findet erst am 26. November 1923 statt.
Calw, den 15. November 1923. Stadtpt. Frey.

Altherrg leit.
Ein 7 Monate altes
**Kind tauscht
gegen Heu.**
Leonhard Morof.

Metallbetten

Stahlmatr., Kinderbett, dir.
an Private. Katalog 46 S frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.

Warum ist die Anzeige in der Tages-Zeitung die erfolgreichste Reklame?

Die Tageszeitung wird in allen Schichten
der Bevölkerung gelesen; sie geht in den
Familien von Hand zu Hand, liegt in den
Fabrik- und Handelskontoren, in den Schreib-
stuben der Behörden auf, sie wird täglich
von Tausenden an zahlreichen Verkehrs-
und auch Gaststätten zur Hand genommen!

Verbreitung und Gelesenheit der Tages- Zeitung vereinigen sich so zu ausserordentlicher Werbe-Wirkung!